zu halten. Das 7. Korps sei bestimmt, das 13. in Kroatien zu ersetzen.

* * *

Die Börse und die Balkankrise.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Meldung von der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der bevorstehenden Annexion Bosniens hat die Berliner Börse in eine starke Unruhe versetzt. Die Spekulation vernahm schon „Kriegsgeschrei", sie schritt auf mehreren Gebieten zu umfangreichen Verkäufen, die einen starken Kursdruck ausübten. Die Aktien der Deutschen Bank verloren 5 Proz., ein Kursrückgang, der für die Aktien dieses Instituts jedenfalls außergewöhnlich ist. Die Spekulation berücksichtigte, daß von allen deutschen Finanzinstituten diese Bank die bedeutendsten Orientverbindungen unterhält, neben ihren Beziehungen zur Orientbahn und zur Bagdadbahn kommt in Betracht, daß sie türkische Staatsanleihen herausgebracht hat. Werte der Balkanstaaten wurden nicht stark in Mitleidenschaft gezogen, von türkischen Werten ging die türkische Anleihe vom Jahre 1905 um 2 Proz. zurück. Türkenlose verloren etwa 5 M. Die übrigen türkischen Anleihen erfuhren nur unwesentliche Veränderungen. Im Verlaufe der Börse setzte eine ruhigere Beurteilung der Situation ein, doch die Verstimmung wuchs von neuem, als aus London ein erheblicher Rückgang der englischen Konsols und aus Paris niedrigere Kurse für russische und türkische Werte gemeldet wurden.

Die politischen Beklemmungen dürften nur zu einem Teil die Ursache der Kursrückgänge gewesen sein, sie bildeten allerdings einen starken Anstoß dazu. In der letzten Zeit hatte sich ein lebhafter Börsentrubel entwickelt, die Rückwärtsbewegung der Kurse war danach eine nicht ungewöhnliche Reaktion, die durch die Balkankrise verschärft wurde.

Die deutschen Börsen sind schon seit langem sehr unpolitisch. Sie haben eine ganz gute Witterung für wirtschaftliche Vorgänge, doch ihr politisches Empfinden ist herzlich mangelhaft. Die Berichte unserer Börsenpresse über die „politischen Tage" der Börse sind meist das Werk der Phantasie der Berichterstatter, die Schwankungen im Börsenverkehr gern auf das Urteil der Börse über irgendwelche politischen Fragen zurückführen, da sie andere Gründe im Augenblick nicht auftreiben können. Am Tage vor dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges verlief die Berliner Börse im Gegensatz zur Londoner Börse in der besten Stimmung, da einige Bankdirektoren ihr die sichere Information überbracht hatten, daß an einen Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen diesen beiden Ländern nicht zu denken sei. Die Information stammte aus dem Auswärtigen Amt, das bekanntlich von dem russisch-japanischen Kriege völlig überrascht wurde. Das Urteil der Berliner Börse über Fragen der Auslandspolitik war durch Sachkenntnis selten getrübt, sie zeigte sich meist so gut und so schlecht orientiert wie die deutsche Diplomatie, sie wußte immer nichts.

Säen und Ernten.

Von Viktor Adler.

Aus der österreichischen Zeitschrift „Der Kampf".

„Die deutsche Sozialdemokratie besitzt in ihrer Organisation, die trotz aller Aenderungen in der Form noch heute in allen wesentlichen Zügen das Gepräge zeigt, das in den Kriegsjahren des Sozialistengesetzes geschmiedet wurde, die großartigste politische Maschine, die es überhaupt in der Welt gibt, ein wahres und eigenartiges Kunstwerk. Die der Klassenlage und dem Klassenbedürfnis des Proletariats entsprechende und entspringende Massenorganisation wird da sehr gefördert durch den dem Deutschen wie keinem anderen Volke eigentümlichen Sinn für Ordnung, für geregelte Arbeitsteilung, für sorgfältig abgegrenzte Verantwortlichkeit. Man muß sich in die trockenen Tatsachen und dürren Ziffern des Berichtes vertiefen, den der Parteivorstand alljährlich dem Parteitag vorlegt, um eine Vorstellung von der ungeheuren Summe von geregelter, systematischer Arbeit zu bekommen, die da von Zehntausenden jahraus, jahrein geleistet wird. Und doch wird man so nur einen ungefähren Ueberblick über die großen Züge des Ganzen erhalten; einen genaueren Einblick gewinnt man erst, wenn man die genau ausgearbeiteten Einzelberichte studiert, die seit einigen Jahren von den Organisationen nicht nur der Einzelstaaten, sondern auch einzelner Städte und Wahlkreise gedruckt herausgegeben werden. ... Gerade wir Oesterreicher können bei diesem Studium profitieren; gewiß fehlt es uns nicht an Opferwilligkeit und Eifer, aber der da draußen bis zum Fanatismus gesteigerte Sinn für Ordnung, für Pünktlichkeit und Genauigkeit ist bei uns erheblich weniger entwickelt. Freilich haben auch die Parteien wie die Individuen die Fehler ihrer Vorzüge und auch die vom deutschen Temperament beeinflußte Methode hat ihre Eigentümlichkeiten, die uns fremd anmuten. Draußen wird alles genau überlegt, vorbedacht, hundertmal von allen Seiten betrachtet, bevor es ins Werk gesetzt wird. Dafür ist nichts dem Instinkt, der Improvisation, der Intuition überlassen und es wird ihnen schwerer als uns, den Moment zu ergreifen und zu nützen. Wir ziehen den Karren über Stock und Stein und angreifen muß, was Hände hat. Draußen legen sie bedächtig Schienen über den sorgfältig trassierten Weg. Sie kommen vielleicht später in Gang, aber sie überholen uns wieder, wenn erst alles ordentlich läuft. Trotzdem hat auch ihre Methode ihre Gefahren. Nicht allen Aktionen wird durch umfassende Erörterungen immer genützt. Die Art, wie man draußen die Maifeier von Anfang an behandelt hat und behandelt, scheint ein Beispiel dafür zu sein. Gewiß sieht dieses Problem draußen in wesentlichen Punkten anders aus als in Oesterreich, aber man wird den Eindruck nicht los, daß die endlosen Verhandlungen über die Unterstützungsfrage der Sache der Maifeier nicht gerade genützt haben. So war auch die Kraft, die vor einigen Jahren auf die Diskussion des Massenstreiks verwendet wurde, soweit wir sehen können, nicht sehr produktiv verwendet. Die Neigung, „sich nach einem Plane zu verlieben", schlägt immer durch, aber so wenig die Politik mit der Liebe gemein hat, darin ist sie ihr ähnlich, daß sie nicht immer profitiert, wenn man ihre Probleme im vorhinein ausrechnen will. ...

Uebrigens ist die leidenschaftliche Diskussion in der Partei nicht eine Spezialität ausschließlich der deutschen Sozialdemokratie. Unsere Genossen in Frankreich, in Italien, von Rußland gar nicht zu reden, führen ihre Debatten über Theorie und Taktik wahrhaftig nicht minder eifrig; was der deutschen Sozialdemokratie eigentümlich ist, ist nur die Kleinigkeit, daß sie seit mehr als dreißig Jahren in schwerer Arbeit ihre Grundanschauungen entwickelt, ihre Taktik ausgebildet hat, ohne daß ihre Einheit gefährdet wurde, ja daß sie in wahrhaft bewundernswerter Weise die notwendig auftretenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und die Geschlossenheit der Partei zu sichern vermochte. Das allein schon ist eine ganz unvergleichliche politische Leistung des deutschen Proletariats, die jeder würdigen wird, der sich von der [illegible] Schwierigkeit, die dabei zu besiegen ist, Rechenschaft gibt. Die deutsche Partei ist schneller gewachsen als die jedes anderen Landes. Deutschland ist zu dem größten Industriestaat, das will sagen zu dem größten Proletarierstaat der Welt hinaufgeschwellt. Jede Zunahme [illegible] ins Riesenhafte. Die Partei hat nicht nur Proletarierschichten und dem Proletariat zuneigende Schichten [illegible] verschiedener Stufe der Entwicklung, sehr verschiedener durch Stammes-[illegible], politische Geschichte, Lebenshaltung usw. bedingter [illegible] in sich aufgenommen. Zugleich haben sich die Aufgaben der Partei nach allen Richtungen differenziert und sie steht überall vor der Notwendigkeit, neue Wege zu finden. Wenn die Grundanschauungen der Sozialdemokratie feststehen und aus ihrer Einsicht in die [illegible] wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge abgeleitet sind, so müssen doch ihre taktischen Methoden erst im einzelnen erarbeitet werden. Das klare Wissen um unsere Endziele belehrt uns [illegible] nicht den Weg, auf dem sie zu erreichen sind. Man kann sich so [illegible] damit beruhigen, daß alle Wege nach Rom führen, denn es gibt auch Umwege, als man einen und denselben Weg überall und stets als den allein richtigen anerkennen darf. Daß die Taktik die Anwendung unserer Grundanschauungen auf die Praxis ist, ist gewiß eine sehr treffende Definition, nur ist eben diese Anwendung keineswegs eine simple und zweifelsfreie Sache, insbesondere wo die notwendig sehr große Allgemeinheit unserer Grundanschauungen mit dem ebenso sehr kleinen Detail des konkreten, täglichen politischen Lebens kontrastiert und doch zu ihm in ein bestimmendes Verhältnis gesetzt werden soll. Nichts natürlicher, als daß da neue Schwierigkeiten, neue Probleme auf Schritt und Tritt auftauchen, die in das Bewußtsein der Partei in der Form von Meinungsverschiedenheiten treten und überwunden werden müssen. Daß dieser Prozeß nicht immer ein schmerzloser sein kann, ist begreiflich und wir bekennen offen, daß er oft peinliche Formen angenommen hat. Wir vermögen unseren Freunden nicht die Wahrheit zu sagen, weil wir nicht töricht genug sind, uns im Besitze der Wahrheit zu wähnen. Aber Aufrichtigkeit sind wir ihnen schuldig und darum dürfen wir ihnen nicht verhehlen, daß die Art, wie Meinungsdifferenzen in der deutschen Partei erledigt werden, von den Genossen im Ausland ebenso peinlich empfunden wird — wie von ihnen selbst. Man braucht nicht gerade übermäßig wehleidig zu sein und doch finden, daß etwas mehr Wohlwollen bei der Beurteilung der Anschauungen und der Motive des Bruders, den man für einen irrenden hält, geeignet wäre, die Streitfragen wenigstens für uns Unbeteiligte durchsichtiger zu machen und ihre Schlichtung zu erleichtern. Uebrigens ist, wie gesagt, diese Erkenntnis auch draußen eine allgemeine und gerade bei den Nürnberger Debatten haben die berufensten Genossen beider streitenden Teile in so warmen und angemessenen Worten das Maßhalten im Meinungskampfe empfohlen, daß es wirklich nicht mehr braucht, als daß jeder Teil die Ratschläge befolgt, die er dem anderen gibt.

Man hat vielfach gesagt, diesmal sei der Streit rein „zufällig" ausgebrochen. Nun halten wir allerdings die Frage der Budgetbewilligung für keine so wichtige, daß sie die Leidenschaft des Kampfes rechtfertigen würde, und daß die Sache an sich herzlich unbedeutend ist, hat Bebel nicht minder bestimmt ausgesprochen wie Timm. Aber trotzdem ist der Streit kein Zufall, sondern früher oder später mußten die Fragen, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Budgetbewilligung erörtert wurden, an die Oberfläche treten und die Partei beschäftigen. Diese Sache selbst war vielleicht nicht allzu schwer zu schlichten. Man durfte es den Süddeutschen nur nicht allzu schwer machen, zuzugeben, daß in dieser Beziehung ihre Taktik keine einwandfreie war. Hätte man die Budgetbewilligung nicht als Todsünde qualifiziert, so hätten sie vielleicht zugestanden, daß die Budgetverweigerung, die sie so oft geübt, auch in diesem Jahre kein verhängnisvoller Fehler gewesen wäre, der die bayrische und badische Sozialdemokratie schwer geschädigt hätte. Die süddeutschen Genossen haben so viel vernünftige Sachen getan, daß ihnen das Recht, gelegentlich auch einen Fehler zu machen, ebenso zugebilligt werden muß, wie jedem vernünftigen Menschen, und man durfte wirklich annehmen, daß sie den Fehler nächstens vermeiden werden. Daß sie mit der Budgetbewilligung weder einer Anerkennung des Klassenstaats noch ein Vertrauensvotum für die Regierung aussprechen wollten, durfte man ihnen ebenso glauben, wie sie selbst, wäre nur wirklich eine rein sachliche Diskussion möglich gewesen, zugeben hätten müssen, daß der Versuch, die Budgetbewilligung als eine unbedingte politische Notwendigkeit zu erweisen, mißlungen ist. Aber wie die Dinge einmal lagen, glaubten die Süddeutschen die Budgetbewilligung verteidigen zu müssen und verwendeten darauf all ihren Scharfsinn und alle Leidenschaft, während sie tatsächlich bereits für etwas ganz anderes kämpften, nämlich für ihr Recht, über die Budgetbewilligung sowie über ihre Taktik in den Landtagen überhaupt selbständig zu entscheiden. An die Stelle einer Frage der Parteitaktik war eine Frage der Taktik in der Partei oder, wenn man will, eine Frage der Parteiorganisation und Parteidisziplin gerückt.

Das ist nun allerdings eine viel wichtigere und schwierigere Frage als die der Budgetbehandlung und läßt auch die Hitze des Kampfes leichter begreifen. Daß es sich um eine Frage der Selbständigkeit innerhalb der Parteiorganisation handelte, läßt allein auch erklärlich erscheinen, daß ein so großer Teil der Arbeiter Süddeutschlands mit einer Leidenschaft für die Auffassung ihrer Abgeordneten eintrat, die sie für die Budgetbewilligung gewiß nicht aufgebracht hätten, die, das werden auch unsre Bayern zugeben, mag man über ihre Notwendigkeit denken wie man will, für eine proletarische Wählerschaft kaum ein Gegenstand der Begeisterung sein kann. Bedauerlich ist nur, daß in dem Bedürfnis, ihre Position zu verteidigen, die süddeutsche Parteipresse einen Ton angeschlagen hat, für den leider wir Oesterreicher ein besonders geübtes Gehör haben: sie hat an die Empfindungen appelliert, die auf dem Gegensatz zwischen Süddeutschen und Norddeutschen beruhen, und die Sache wird dadurch nicht besser, sondern schlechter, daß man unlängst lesen konnte, die Grenze zwischen dem guten und vorgeschrittenen Süden und dem bösen und zurückgebliebenen Norden — in der Partei natürlich — sei nicht mehr der Main, sondern die Elbe! Wenn unsere deutschen Genossen die richtige Empfindung haben für die Gefahr solcher Zündeleien, können sie bei dieser Gelegenheit eine entfernte Ahnung bekommen von den Schwierigkeiten, die nicht erfundene, sondern sehr reale nationale Verschiedenheit und nationale Gegensätze der proletarischen Politik in Oesterreich bereiten.

Nun könnte der Wunsch der Süddeutschen nach Selbständigkeit sich allerdings damit abfinden, daß der Parteitagsbeschluß sie ja nur in der einzigen Budgetfrage bindet, die sie selbst nicht für so wichtig halten, während ihre Taktik in allen anderen, viel einschneidenderen Fragen vollkommen frei bleibt. Aber da einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Budgetfrage gelenkt ist, so wird es sie heute eine gewisse Selbstüberwindung kosten, ihre Wünsche mit der Notwendigkeit der Partei in Uebereinstimmung zu bringen. Ihre auf dem Parteitag abgegebene Erklärung ist kein Hindernis dafür, daß sie zur richtigen Zeit die richtige Form dafür finden werden. Sie selbst müssen wünschen, daß das Prinzip, die Taktik der Partei möglichst einheitlich zu gestalten, aufrecht bleibe. Denn schließlich könnte es ihnen passieren, daß, was sie heute der Gesamtpartei versagen, morgen der Landesvertretung von irgend einer Wahlkreisorganisation oder einer Gemeinderatsfraktion geweigert wird. Die Gesamtpartei gibt jeder einzelnen Organisation an Kraft weit mehr als sie ihr an Selbständigkeit nimmt, selbst wenn sie die Parteidisziplin allzu eng auslegen würde.

Aber ohne Zweifel werden sich die Schwierigkeiten solcher Art für die Partei mehren und nicht nur in Süddeutschland die Fälle wiederholen, wo ein von der Gesamtheit aufgestellter taktischer Grundsatz von einer großen Organisation als Fessel empfunden wird. Dann wäre zu wünschen, daß es erleichtert werde, einen Ausweg zu finden und man wird vielleicht erwägen müssen, ob es durchaus notwendig ist, den notwendig bestimmenden Einfluß der Partei in die drückende Form eines zwingenden Beschlusses zu kleiden. Die Disziplin der Partei wird um so leichter zu erhalten sein, je mehr man ihre Inanspruchnahme nur auf die wirklich notwendigen Fälle beschränkt.

Das ist nur ein einziges der Probleme, die den Nürnberger Parteitag beschäftigt haben, freilich jenes, das seine Zeit und seine Kraft am meisten in Anspruch genommen hat. Jeder Schritt nach vorwärts bringt uns neue Aufgaben und stellt neue Ansprüche an unsere Kraft. Darin geht es uns genau so wie den Deutschen, wenn auch unsere Partei weit jünger ist. Und wenn wir an die Anfänge der Partei zurückdenken mit aller ihrer bitteren Not und ihren schweren Kämpfen und uns des Erreichten freuen, so mag uns gleichwohl häufig das Wort Goethes in den Sinn kommen: Säen ist nicht so schwierig wie ernten!"

Deutsches Reich.

Eine Blockflotte?

Wenn wirklich, wie man öfter behaupten hört, das Absurde heutzutage in Deutschland das einzig Glaubwürdige ist, dann kann das Berliner Tageblatt sicher genau unterrichtet sein, wenn es meldet, daß schon für den kommenden Winter eine **neue Flottenvorlage** zu erwarten ist. Der Plan dazu **soll im Reichsmarineamt bereits fix und fertig** ausgearbeitet **sein und entspricht dem Programm**, das kürzlich vom **Flottenverein aufgestellt wurde**. Die sechs noch nicht **20 Jahre alten geschützten großen** Panzer der Flotte sollen **nur noch als Schulschiffe Verwendung** finden und durch neue **Panzerschiffe ersetzt werden**, deren Kosten nicht weniger als

200 Millionen Mark

betragen sollen. Nach dem Berliner Tageblatt sollen bereits **in den Jahren 1906 und 1907** die Kosten für die Umwandlung dreier geschützter Kreuzer zu Schulschiffen in den Etat **eingestellt worden sein, ohne daß der Reichstag** über die Tragweite **dieser Forderung aufgeklärt worden wäre.**

Nach den eigenen Rechnungen des Reichsschatzsekretärs **Sydow bleibt von den Mitteln,** die er durch seine Reichsfinanzreform **flüssig machen will, für neue Militär-** und Flottenkosten **auch nicht ein Pfennig übrig.** Die Ordnung in den Reichsfinanzen, die noch nicht geschaffen ist, sondern erst geschaffen werden soll, wird durch die neue Vorlage schon wieder zerstört. Die neuest-deutsche Kriegsflotte schießt Herrn Sydows Werk mit Glanz in Trümmer.

Aber der Block schreit Hurra. Dazu ist er da.

Die Reichswertzuwachssteuer abgelehnt!

Staatssekretär **Sydow** hat die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer abgelehnt. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Bodenreformer, Adolf Damaschke, erhielt vom Staatssekretär Sydow folgendes Schreiben:

Reichsschatzamt.

„Für die Uebersendung des Jahrbuchs der Bodenreform, Band 4, Heft 2, danke ich verbindlichst. Ich habe von dessen Inhalt — auch soweit er die Einführung einer Reichszuwachssteuer zum Gegenstande hat — mit Interesse Kenntnis genommen. Daß die Einführung einer Zuwachssteuer unter Umständen als **wirtschaftlich gerechtfertigt** gelten konnte, ist **unbedenklich zuzugeben**. Der Gedanke, sie dem Reich dienstbar zu machen, würde jedoch dieselben **Einwendungen zu gewärtigen haben**, die von dem Vertreter des Herrn Finanzministers bei der Besprechung Ihrer Petition in der Gemeindekommission des preußischen Abgeordnetenhauses der Einführung einer staatlichen Zuwachssteuer entgegengestellt worden sind.

Der Staatssekretär.
Sydow."

Eine Reichswertzuwachssteuer würde den Besitz belasten. Die „Einwendungen", von denen Sydow redet, würden am lautesten von den Seiten erfolgen, auf denen man bei jeder Gelegenheit mit patriotischer Opferwilligkeit prahlt. Da nun Sydow weiß, daß besagte Opferwilligkeit stets jämmerlich versagt, wenn die Geldsäcke Gefahr wittern, bleibt man im Zeichen der Blockpolitik hübsch bei dem „bequemen" Auswege, den Massen unerhörte neue Lasten aufzubürden ...

Protest gegen die Tabaksteuer.

Gegen eine Mehrbelastung des Tabaks hat sich neuerdings der Deutsche Tabaksverein in einer Eingabe an das Reichsschatzamt gewandt unter der Beibringung reichlichen statistischen Materials. Gegen den Schluß hin heißt es in dem Schriftstück: „Wir sind gern bereit (!), für unseren Teil die Opfer zu bringen, welche eine gleiche und gerechte Verteilung der neuen Steuerlasten von uns erheischen wird; wir müssen aber gegen eine noch dazu kommende besondere Besteuerung unserer Erwerbsquelle in aller Entschiedenheit ernsten Widerspruch erheben, und zwar nicht nur im Interesse der von uns vertretenen Unternehmer, sondern noch mehr der von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten."

Die Berufung auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten ist gewiß berechtigt. Es ist aber seltsam, daß diese Fürsorge erst in dem Augenblicke zum Ausdrucke kommt, in dem die Tabakindustrie durch das Projekt einer schweren Steuerbelastung in eine kritische Lage gedrängt wird. Sonst war die Rücksicht auf Arbeiterinteressen gerade den Tabakindustriellen etwas durchaus Unbekanntes.

Eine Geheimmittelsteuer.

Wie die Magdeburgische Zeitung zu melden weiß, „sind an die zuständige Stelle Anregungen zu einer steuerlichen Fassung der als „Geheimmittel" bezeichneten Patentmedizinen und Spezialitäten ergangen. Wenn sich trotzdem annehmen läßt, daß sich in dem Steuerbukett des Staatssekretärs Sydow eine derartige Steuer nicht befindet, so hat dies vielleicht seinen Grund darin, daß zurzeit eine Definition für den Begriff „Geheimmittel" noch nicht besteht. Wenn aber nach Verabschiedung des Kurpfuschereigesetzes die dort vorgesehene Kommission zur Prüfung von Arzneien und Geheimmitteln, welche dem Reichsgesundheitsamt angegliedert wird, in Tätigkeit getreten ist, dann dürfte die formelle Schwierigkeit der Besteuerung gehoben sein. Die Erwägungen über eine solche Steuer gehen von dem Gedanken aus, daß alljährlich ganz bedeutende Summen in steigendem Maße für Geheimmittel, deren Preis mit ihrem Werte in gar keinem Verhältnis steht, ausgegeben werden. Der vor 10 Jahren statistisch festgestellte Umsatz derartiger Artikel von 30 Millionen Mark soll sich inzwischen vervielfacht haben. England und Japan ziehen aus der Geheimmittelsteuer, d. h. aus einer Besteuerung aller Patentmedizinen, die in den Handel gebracht werden, sehr erhebliche Einnahmen, die sich in England auf 7 Millionen jährlich gesteigert haben. Ein Vorschlag für die deutsche Besteuerung geht dahin, alle Spezialitäten, die verpackt und gebrauchsfertig in den Handel kommen, zu besteuern, unabhängig davon, ob sie nur auf ärztliche Ordination oder auch ohne Rezept abgegeben werden dürfen."

Wir sind neugierig, welche neuen Steuerprojekte noch gemacht werden; ist es doch schon ein Kunststück, etwas Neues herauszufinden, was in Deutschland noch nicht besteuert wird oder mindestens besteuert werden soll.

Gegen die zweijährige Dienstzeit.

Im verflossenen Tagungsabschnitt des Reichstags hat die Regierung auf Wunsch des Parlaments versprochen, eine Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit bei den berittenen Truppenteilen vorzulegen. Wie man nun hört, und wie auch vorauszusehen war, verhält sich das Kriegsministerium ab-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19081006/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG